

KOMMUNALWAHL 2020

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) - Kreisverband Passau/Freyung-Grafenau

„Heimat, Sicherheit, Zukunft“

Wir stehen für Heimat, Sicherheit und Zukunft! Um Ihre Stimme bittet Sie ganz herzlich der Landratskandidat der AfD Johann Meier und Ralf Stadler, AfD-Kreisvorsitzender und die Kreistagskandidaten der Alternative für Deutschland im Landkreis Passau/FRG

1. Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wählen und entscheiden Sie mit Ihrer Stimme, wer am 15.03.2020 die Zukunft unserer Heimat in den nächsten sechs Jahren mitgestalten darf.

Kommunalpolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gemeinschaft. In der Kommune werden Entscheidungen getroffen, die Sie hautnah erfahren und beeinflussen können.

Auf den kommenden Seiten stellen wir - der AfD Kreisverband Passau/Freyung-Grafenau - Ihnen unser Programm vor, mit dem wir in den kommenden sechs Jahren für unsere attraktiven Landkreise Passau und Freyung-Grafenau viel erreichen möchten. Dieses Programm hat alle Ebenen unserer Gesellschaft im Blick: Senioren und Kinder, Frauen und Männer, Arbeiter und Unternehmer, Schüler, Auszubildende und Studenten.

Viele Menschen haben an unserem Programm mitgewirkt. Sie alle stehen „Mitten im Leben“ und haben den Mut zur Veränderung. Die Zeichen der Zukunft sind insgesamt nicht gut für unser Land. Deutschland kann mehr! Unser Land wird nicht von den richtigen Personen regiert. Dieses Problem bekommen Sie fast täglich durch die Berichterstattung der Medien präsentiert und erleben es im Alltag: Schwache konjunkturelle Entwicklung, geringes bis gar kein Wirtschaftswachstum mehr, kommunale Verschuldung und hohes Haushaltsdefizit engen den Handlungsspielraum für Kreise und Kommunen bis zum totalen Stillstand ein.

Eine weiterhin täglich stattfindende illegale Einwanderung, der Anstieg körperlicher Gewalt gegen Bürger (insbesondere Frauen), Polizei und Rettungskräfte, Vernach-

lässigung von Investitionen in dringend benötigte innovative und bestehende Infrastruktur und noch viele Probleme mehr sind an der Tagesordnung.

Wir - die Alternative für Deutschland - möchten erreichen, dass Sie hier vor Ort nicht die Suppe auslöffeln müssen, die uns in Berlin, München oder Brüssel eingebracht wird. Wir engagieren uns, damit wir alle uns in unserer Heimatregion wohlfühlen können und eine gute Lebensperspektive haben. Helfen Sie uns dabei. Bitte gehen Sie zur Wahl und geben Ihre Stimme der AfD in den Landkreisen Passau und Freyung-Grafenau.

2. Sicherheit ist Lebensqualität – „Sichere Städte, statt sichere Häfen“

Sicherheit ist eine Aufgabe für die Kommunen und die Polizei. „Heimat“ bedeutet, sich in seinem vertrauten Umfeld sicher zu fühlen. Im Zusammenspiel zwischen kommunalen Ordnungsämtern und der Polizei wird die Sicherheit am Ort gewährleistet. Wir brauchen eine bürgernahe Polizei, die auf den Straßen und Plätzen präsent ist, wozu unter anderem der Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen gehört. Ferner müssen die Erkenntnisse der Polizei verstärkt in die öffentlichen Planungen einfließen, um bereits dabei die Weichen gegen die weitere Ausbreitung von Kriminalität richtig zu stellen. Wir brauchen eine engere Verzahnung von Polizei und kommunalem Vollzugsdienst. Dazu gehört auch eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen Bürgern, kommunalem Vollzugsdienst und der Polizei.

Feuerwehr und Rettungswesen stehen für Sicherheit: Gefahrenabwehr ist nicht nur allein Sache der Polizei. Wir brauchen auch eine Stärkung von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungswesen mit einer modernen Ausstattung, weil diese eine wertvolle Hilfe bei Gefahren leisten, die jeden von uns immer und überall treffen können.

Diese Einrichtungen bedürfen auch in Zeiten knapper Kassen der finanziellen Unterstützung. Unsere Sicherheit muss uns dies wert sein! Auch Verbraucherschutz ist Sicherheit!

Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass das, was im wahrsten Sinne des Wortes auf den Tisch kommt, in Ordnung und frei von Mängeln ist. Stichworte wie BSE, Maul - und Klauenseuche und Schweinepest sind uns noch allen im Bewusstsein. Deshalb müssen die kommunalen Verwaltungen in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden des Landes weiterhin, mindestens aber im bisherigen Umfang, eine Prüfung unserer Erzeugnisse gewährleisten, was darüber hinaus auch die Qualität und damit den Absatz unserer heimischen Erzeugnisse sichert!

Die AfD ist die Partei, die für innere Sicherheit sorgt!

3. Mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung - Arbeitsplätze vor Ort erhalten

Vor allem kommunale Initiativen zur Förderung mittelständischer Unternehmen sind hier von großer Bedeutung. Wir benötigen dezentrale Strukturen in den Gewerbegebieten unserer Region. Gerade hier haben Betriebe neue Chancen, die gesuchten wohnortnahen Arbeitsplätze zu schaffen, die für die Lebensqualität unserer Bürger von entscheidender Bedeutung sind. Wir wollen für Rahmenbedingungen sorgen, die bestehenden oder ansiedlungswilligen Betrieben eine vernünftige Basis und die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Unsere Leitlinien lauten daher:

Unterstützung von Unternehmensgründern, Ausbau kommunaler Marketing-Initiativen und ein optimaler Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung, Abschaffung von bürokratischen Hürden und somit die Verkürzung der Genehmigungsdauer von Anträgen. Bestandspflege angesiedelter Unternehmen und eine enge Kommunikation mit ihnen.

Nutzung bereits vorhandener und die bedarfsgerechte Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden.

Professionelle Vermarktung unserer Standortvorteile wie z.B. niedrige Grundstückspreise, günstige Lebenshaltungskosten, vorhandenes qualifiziertes Arbeitskräftepotential und umfassende Schulinfrastruktur.

Wie sieht es mit einer Senkung der Gewerbesteuer für Kleinunternehmer aus? Streichung der Grunderwerbssteuer, keine Erhöhung der Grundsteuer, Förderung von Gewerbeansiedlung, Energiesicherheit, Breitbandanbindungen für den ländlichen Raum und Digitalisierung sozial- verträglich vorantreiben, steht auf unserer Agenda.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben fordern wir, die AfD, die Schaffung einer professionellen Organisation zur Wirtschaftsförderung auf Kreisebene!

4. Landwirtschaft und Wald

Unsere Landschaft ist geprägt von Wald, Wiesen und Feldern. Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Säulen für unsere Gemeinden. Dabei leisten Land- und Forstwirte nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Ernährung von Mensch und Tier, sondern auch zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft, die nicht zuletzt auch von vielen Gästen sehr geschätzt wird.

Leider verschwinden immer mehr Landwirtschaftsbetriebe, weil die Erträge oftmals nicht mehr ausreichen, um die Kosten zu decken, insbesondere bei Betrieben, die auf Molkereien oder Genossenschaften angewiesen sind.

Daher setzen wir uns ein für:

Den Erhalt einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben durch Unterstützung bei Planung und Aufbau weiterer Erwerbsmöglichkeiten (Vermarktung heimischer Produkte)

- Förderung von regionaler Direktvermarktung
- Den Erhalt von Dorfläden mit heimischen Produkten
- Kürzere Transportwege aus Gründen des Tierwohls und der Umwelt
 - Erhalt der Imkerei und Hobbyimkerei

5. Energiepolitik

Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.

Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung aufheben.

Deutschland hat hohe Strompreise, die mit jedem Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen und dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen.

Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen im Wärmesektor führt zu stark steigenden Bau- und Rückbaukosten und entsprechend hohen Mieten, die die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen. Deshalb fordern wir die Abschaffung des EEG (mit Übergangsregelungen), der EnEV und des EEWärmeG.

Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.

Im Einzelnen fordern wir:

- Das EEG ist ersatzlos zu streichen.
- Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:
 - sollen keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden,

- sollen keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden,– soll der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung das 10-fache der Gesamthöhe betragen auch bei kommunal ausgewiesenen Flächen für Windenergie.
- Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer richten.
- Die verwertbaren Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das Recycling rückholbar gelagert werden.
- Zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz ist eine umfangreiche Beteiligung an internationalen Forschungsprojekten sicherzustellen.
- Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen.
- Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln.

6. Haushalt und Finanzen – Ohne Moos nix los – Wer bestellt, der bezahlt

Die Finanznot der Kommunen hat einen so dramatischen Stand erreicht (123 Milliarden), dass das garantierte Recht auf Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden faktisch außer Kraft gesetzt ist.

Diese kommunale Selbstverwaltung durch direkt gewählte Bürger ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, weil hier die Auswirkungen von Entscheidungen für jedermann leicht erkennbar und nachvollziehbar sind.

Immer häufiger werden Aufgaben von oben nach unten verlagert, ohne die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen (Grundsicherungsgesetz, Schülerbeförderung, Kindergarten- plätze, usw.). Selbst die notwendigen Pflichtaufgaben können nicht mehr solide bezahlt, sondern müssen auf Pump und zu Lasten der nächsten Generation finanziert werden.

Eine Generation, die durch die Struktur in unserer Gesellschaft zukünftig vor kaum lösbaren Aufgaben steht, ist damit völlig überfordert. Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren andauernden immer zentralistischeren, kommunalfeindlichen Politik des Landes und des Bundes.

Daher lautet unsere Zielsetzung: Schluss mit der Finanzierung von Wahlversprechen und von wünschenswerten Investitionen zu Lasten unserer Kinder. Die Kommunen müssen endlich wieder die Verantwortung für ihre Selbstverwaltungsaufgaben zurückerhalten.

Voraussetzungen:

Neben der Verringerung der Einnahmen durch die gescheiterte Wirtschafts - und Steuer-politik der Bundesregierung sind eine Reihe anderer Faktoren für die katastrophale Entwicklung der kommunalen Finanzen verantwortlich.

Deshalb sind folgende konkrete Maßnahmen umgehend zu verwirklichen: Umsetzung einer wirkungsvollen Gemeindefinanzreform. Die Städte und Kommunen müssen einen größeren Anteil vom Gesamteinkommen der öffentlichen Hand erhalten.

Die Finanzmittel des Bundes müssen in vollem Umfang durch das Land an die Kommunen weitergeleitet werden. Überregionale prestigeträchtige Bauvorhaben des Landes dürfen nicht zu Lasten der Kommunen finanziert werden. Bei Investitionsentscheidungen muss stets das Machbare vor dem Wünschenswerten Vorrang haben. Dabei muss der kritischen Betrachtung von Folgekosten eine besondere Bedeutung zukommen. Deshalb ist eine verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik zwingend erforderlich.

Die Optimierung der Geschäftsabläufe auf allen Verwaltungsebenen muss konsequent umgesetzt werden. Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit ist zu stärken. Einsparmöglichkeiten, etwa durch sinnvolle Bündelung von Aufgaben müssen spürbar umgesetzt werden.

7. Verbesserung der Infrastruktur

Die Ansiedlung neuer Unternehmen und konkurrenzfähiger Arbeitsplätze setzen vor allem ein engmaschiges Verkehrsnetz voraus. Deshalb Beseitigung von Investitionsstaus bei Straßen und Brücken. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist ein zentrales Thema unserer Politik.

8. Tourismus

Der Tourismus in Bayern ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor für unsere mit natürlicher Schönheit gesegnete Region. Dies stellt eine wichtige Möglichkeit dar, wegbrechende Wirtschafts- kraft aufzufangen, deren Ursache zu Firmenschließungen und damit zum Wegfall von Arbeitsplätzen führt. Unsere Region liegt in weiten Teilen noch immer im „Dornröschenschlaf“. Die Voraussetzungen sind prinzipiell gut, um uns am Markt gegenüber den Konkurrenten aus allen Teilen Deutschlands zu behaupten. Eine schöne Landschaft alleine reicht nicht, die haben andere auch. Wir werden unsere Vorzüge besser vermarkten müssen.

Die Ansätze hierfür sind gut: Neben der Kur im Bäderdreieck boomt Wellness! Diesem Trend folgt man in der Region bereits. Schon vorhandene Publikumsmagneten wie Baumwipfelpfad, Barfußpfad und Freilichtmuseum müssen noch bekannter werden, nur um einige zu nennen. Die Werbung nach außen und innen ist zu verbessern.

Insbesondere müssen unsere Standort- trümpfe in den Ballungsgebieten vor unserer Haustür (Metropolregion München) und im benachbarten Ausland wirksamer vorgestellt werden. Sportliche Aktivitäten wie Radfahren, Mountainbiking, Kanufahren, Klettern, Nordic-Walking und Reiten sind bei uns hervorragend möglich, jedoch bisher zu wenig verbreitet.

Die Werbung nach innen muss auch verdeutlichen, wie wichtig Tourismus und Fremdenverkehr für die Region und ihre Bürger sind. Gastronomie und Hotellerie sind für die Gäste wichtig. Ein touristisches Wir-Gefühl muss ebenfalls aufgebaut werden. Alle Bürger sollten sich mit unserer Heimat als hervorragendes Urlaubs- und Erholungsgebiet identifizieren, in welchem alle Gäste willkommen sind.

Durch Windkraftanlagen wird unsere Heimat immer weiter verschandelt. Wir wollen diese unsägliche Zerstörung unserer Landschaften umgehend beenden.

9. Bürgerfreundliche Verwaltung

Wir, die AfD, wollen die Bürgerfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung weiter stärken und Verwaltungswege vereinfachen. Wir brauchen die Partnerschaft der Bürger auf der einen und die der Verwaltung auf der anderen Seite. Unsere Kommunen müssen moderne Dienstleistungseinrichtungen sein, die für die Menschen da sind und auf die Menschen eingehen, um ihnen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen zu helfen, kundenorientiert und leistungs- stark! Hierzu gehören neben bürgerfreundlichen Öffnungszeiten auch kompetente Ansprechpartner in der Verwaltung.

Die AfD fordert daher verstärkt die Einrichtung von Bürgerbüros, in denen kompetente Mitarbeiter der Verwaltung den Bürgern unnötige Wege in der Verwaltung abnehmen und bereits eine Vielzahl von Anliegen direkt erledigen können. Ergänzend hierzu muss die

Verwaltung noch deutlicher alle Möglichkeiten nutzen, um moderne Kommunikationstechniken im Dialog mit den Bürgern einzusetzen. Dabei geht es vor allem darum, den Bürgern die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern und Behördengänge zu ersparen.

Weitere Zentralisierungen sollten möglichst vermieden werden. Gebietsreformen sollten nur mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung durchgeführt werden.

10. Bildung und Ausbildung

Um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind wir auf gut ausgebildete Kinder und Jugendliche als wichtigstes Zukunftskapital unserer

Gesellschaft angewiesen. Der Ausbau des vorhandenen Schulsystems, methodisch-didaktisch und inhaltlich reformiert, stellt einen wichtigen Standortvorteil für unsere Region dar.

Wir setzen uns ein, für Kinder mit Migrationshintergrund. Diese müssen schnellstmöglich die deutsche Sprache erlernen. Bereits im Kindergarten müssen entsprechende Förderprogramme aufgelegt werden. Die Schulen müssen von der Grundschule bis zur Berufsschule praxisgerecht gestaltet und zeitgemäß ausgestattet werden. Mehr finanzielle Mittel für die Sanierung von Schulen und Sporthallen ist eine weitere Forderung.

Das Angebot der Ganztagschulen muss überprüft werden. Dabei ist es wichtig, nicht nur eine reine Betreuung anzubieten, sondern die Förderung von Begabungen der Kinder in den Vordergrund zu stellen. Lehrer, Eltern und Schüler müssen stärker über die sich ausbreitende Gewalt und Drogenmissbrauch in unserer Gesellschaft aufgeklärt werden. Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem, um eine praxisorientierte Ausbildung der Jugendlichen zu gewährleisten. Die staatlichen Rahmenbedingungen für die ausbildenden Betriebe müssen verbessert werden.

Eine Ausbildungsabgabe ist kontraproduktiv. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung muss verstärkt auf die Ansiedlung von Betrieben geachtet werden, die auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Fort- und Weiterbildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene der anerkannten Organisationen (IHK, HWK) etc. sollten nach bestimmten Qualitätskriterien vom Landkreis deutlich gefördert werden.

Durch den Erhalt kleinerer Grundschulen wird das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Gemeinden gestärkt und ganz nebenbei durch den Wegfall der Schülerbeförderung auch noch die Umwelt geschont.

Grundschulen und Kindergärten sollten nicht zwingend digitalisiert werden. Die motorischen Fähigkeiten nehmen heutzutage mangels Bewegung in der Kindheit stetig ab.

11. Hilfe für die wirklich Bedürftigen

Die Zahl der Bedürftigen nimmt auch in unseren Landkreisen stetig zu. Die Ausgaben im Sozialbereich steigen ständig. Aber nicht immer kommt das Geld bei den Bedürftigen an.

Deshalb fordern wir: Missbrauch von staatlicher Hilfe muss noch stärker als bisher bekämpft und bestraft werden!

Ein weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger, nach deren Eignung darf kein Tabu sein. Wer sich verweigert, hat finanzielle Einbußen hinzunehmen. Modernisierung der Seniorenheime - um der Würde des Alters willen. Ausschließlich zielgerichtete Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und klare Rahmenbedingungen für Wohnbaugesellschaften, um ihrer sozialen Verantwortung Rechnung zu tragen.

12. Perspektive für die Jugend

Die Intention am Verbleib in unserer Heimatregion ist mehr zu wecken. Es muss möglich sein, in unserer Heimat nicht nur zu leben, sondern auch zu arbeiten. Dazu muss die Region den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Die AfD setzt sich für die Perspektiven junger Menschen in Landkreisen Passau und Freyung Grafenau weiter intensiv ein. Dazu gehören:

- eine stärkere Förderung von Existenzgründern
- die Verbesserung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
- weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“

Die ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendbereich bedarf weiterhin einer guten Förderung. Die Anerkennung dieser Tätigkeiten ist für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen besonders wichtig. Sie erlernen, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, in der Gemeinschaft zusammen zu arbeiten und sammeln somit Erfahrungen für eine positive Lebensentwicklung. Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in Sport-, Jugend- und Kulturvereinen und Kirchen muss auch trotz knapper Kassen möglich sein. Die Entscheidung über Art und Umfang muss selbstverständlich vor Ort getroffen werden.

Die Integration jugendlicher Ausländer und Aussiedler in Schulen und Vereinen ist ein gesellschaftspolitischer Kraftakt. Oft bewegen sich ausländische Jugendliche nur in ihrem eigenen Kulturkreis. Um die künftigen Generationen nicht noch mehr mit Parallelgesellschaften zu belasten, muss sich in unserer Gesellschaft ein Prozess des Umdenkens vollziehen. Dabei darf unter anderem die Steuerung von Zuwanderung nicht zu einem Tabu-Thema gemacht werden.

Die Botschaft muss lauten: Wer leistungsbereit ist, darf nicht der Leidtragende in der Gesellschaft sein.

13. Senioren – Mitten im Leben

Die Senioren stellen eine der größten Bevölkerungsgruppen dar, die in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird. Unsere Zielsetzung lautet: Unsere älteren Mitbürger haben große

Aufbauleistungen erbracht und den nachfolgenden Generationen beste Grundlagen in allen Lebensbereichen geschaffen. Wir schulden ihnen Dank und Anerkennung und wollen ihren spezifischen Anliegen gerecht werden.

Deshalb fordern wir: „Selbständig leben im Alter“ durch Beratung und für Bedürftige finanzielle Förderung beim altengerechten Bauen, Wohnen und bei der Wohnungsanpassung. Ausbau der Maßnahmen „Betreutes Wohnen“ und Unterstützung der Heimträger bei notwendigen Renovierungen und Modernisierungen.

Deutliche Ausweitungen der seniorenrechtlichen Weiterbildungsangebote bei allen Bildungsträgern. Verstärkte Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der älteren Menschen durch bessere Information und praktische Hinweise (z. B. Sicherung von Haus und Wohnung, Verhalten im Straßenverkehr ...). Seniorengerechte Angebote bei Erholung, Freizeit und Sport. Berücksichtigung der eingeschränkten Mobilität von Senioren bei der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (Rollstuhlfahrer, Rollatoren usw.).

Pflege des Dialogs der Generationen – Jung und Alt an einem Tisch!

14. Stärkung des ländlichen Raums - Digitalisierung

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch die Zentralisierung von Infrastrukturen der ländliche Raum entvölkert wird. Deshalb ist es für den Erhalt unserer Kultur und Lebensform von enormer Bedeutung, unsere Dörfer in ihrer Lebendigkeit zu fördern und zu stärken. Wenn wir diesen Schatz nicht bewahren, wird unsere einzigartige Kultur in Vergessenheit geraten.

Wir fordern daher:

Alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen und die Mobilfunknetze flächendeckend auszubauen, denn Digitalisierung ist heute ein entscheidender Faktor für die Standortwahl sowohl von Unternehmen als auch Privatpersonen. Eine wohnortnahe, hochwertige ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und die Schließung von Versorgungslücken im ambulanten Bereich, weil die Zeit im Notfall über Leben und Tod entscheidet.

Überall in den Dörfern kann man beobachten, dass die Neubaugebiete sprießen und die Dorfmitten Leerstände aufweisen. Die Mieten für Neubauten sind aber für immer

mehr Menschen unbezahlbar. Hier könnte man Sanierungsanreize fördern, um günstigen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig den Leerständen der Ortskerne entgegenwirken. Die Landesregierung sollte auch darauf verzichten, das Wohnen für durch energetische Sanierungsprogramme und den weltfremden Vollzug von Bauordnung und Umweltrecht zu verteuern.

15. Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) Angebote bedürfen einer Optimierung.

Verkehrspolitik darf nicht nur an die weiten Wege denken. Schließlich muss es unser Ziel sein, die vielen Pendler aus unserer Region mit Arbeitsplätzen vor Ort zu versorgen. Sesshaftigkeit ist die beste Umweltpolitik. Dazu brauchen wir aber für die kurzen Wege einen viel besseren Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) mit Anbindung an die Schiene.

Wer eine Verkehrspolitik ohne Sinn und Verstand betreibt, wird sagen, wir wollen einfach, dass alle Menschen so schnell wie möglich an ihr jeweiliges Ziel gelangen. Gibt es dann viele Pendler, die zum Teil jede Woche bis nach München fahren, um ihre Familie ernähren zu können, ist für diese Sorte Verkehrsplaner das einzige Anliegen, die Autobahnen auszubauen. Das ist aber falsch: In Zeiten eines angeblichen Fachkräftemangels ist es völlig absurd, lange Arbeitswege zurückzulegen und damit die Umwelt maßgeblich zu belasten. Kluge Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik aus einem Guss will deshalb die Menschen in ihrer Heimat halten und setzt schwerpunktmäßig bei den kurzen Wegen an.

Das beginnt mit der weiteren Erschließung des ländlichen Raums durch ein attraktives, bedarfsgerechtes Angebot. Die regionale Grundversorgung mit Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und ÖPNV hat daher höchste Priorität. Zudem müssen wir kommunale Straßen, Fahrrad- und Fußwege sanieren und ausbauen.

Aus unserer Sicht ist eine Verdichtung des ÖPNV-Taktes in den Morgen- und Nachmittagsstunden wünschenswert

16. Migrationsfrage - Heimat bewahren – illegale Migration stoppen

Seit 2015 ist die unkontrollierte Massenmigration, hauptsächlich muslimischer junger Männer, eine der größten Herausforderungen der letzten sieben Jahre in unserem Land. Die Integration

einiger weniger Menschen aus extrem fremden Kulturen kann eine Gesellschaft vielleicht bewältigen, weil dafür die finanziellen und Mittel problemlos zur Verfügung gestellt werden können und der Integrationsdruck der „Neubürger“ groß genug ist, um sich an die Kultur ihrer neuen Heimat anzupassen. Mit steigendem prozentualen

Anteil an Menschen aus gänzlich fremden Kulturen entfällt jedoch die Notwendigkeit der Anpassung mehr und mehr, weil diese durch die Entstehung von Parallelgesellschaften nicht mehr auf die Integration in der gewünschten „neuen Heimat“ angewiesen sind.

Während des Ramadans werden mehr und mehr Schulfeste in die späten Abendstunden verlegt und die Forderung, dass Muslime während des Fastenmonats keine Klassenarbeiten mehr schreiben müssen, steht auch schon im Raum. Die Forderungen nach islamischem Religionsunterricht und deren Feiertagen werden immer lauter. Viele deutsche Frauen wagen sich nachts jedoch kaum noch alleine auf die Straße. In Pflegeheimen wird das Personal mittlerweile auf kultursensible Pflege der Bewohner geschult.

Wir, die AfD, setzen uns für den Erhalt unserer hochentwickelten Kultur ein und stehen für die Bewahrung von Heimat und Tradition, damit unsere Kinder in Sicherheit, Freiheit und Frieden leben können!

17. Asyl und Ausländer

Die Kosten explodieren, die Kommunen werden völlig überfordert. Wir fordern für unsere Sicherheit und eine geringere Haushaltsbelastung:

Fachärztliche Alterskontrollen bei nicht nachgewiesener Minderjährigkeit von Flüchtlingen grundsätzlich durchzuführen, um einerseits die Kommunen vor ungerechtfertigten Mehr- ausgaben zu schützen und andererseits der Justiz bei Straftaten Scheinminderjähriger ein gerechtes Urteil zu ermöglichen.

Die Einrichtung landesweiter Abschiebeeinrichtungen. Flächendeckend Fingerabdrücke zu nehmen etc. auch rückwirkend, für bereits anerkannte Flüchtlinge, um Straftaten lückenlos aufzuklären und Straftäter schneller überführen zu können. EU-weite Vernetzung der Fingerabdrücke und Personendaten, um auch länderübergreifend Sozialbetrug in Form von Mehrfachidentitäten aufdecken zu können. Konsequente Rückführung nicht bleibeberechtigter Asylbewerber, um somit die Haushaltsbelastung der Kommunen zu reduzieren.

Gleiches Recht für alle! Bei Straftaten von Asylbewerbern keine kultursensiblen Urteile! Sofortige Abschiebung von ausländischen Tätern, auch bei so genannten Bagatelldelikten und auch während eines laufenden Asylverfahrens. Wer die gesetzlichen/moralischen Bestimmungen des Gastlandes nicht respektiert, sollte keine Möglichkeit mehr erhalten, die Bevölkerung weiterhin zu gefährden und mit Kosten zu belasten. Außerdem sollte jeder Abgeschobene ein sofortiges Wiedereinreiseverbot erhalten.

Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, denn ein Mitbestimmungsrecht in unserem Land sollte nur Menschen verliehen werden, die sich voll und ganz mit unserer Gesellschaft und unserem Grundgesetz identifizieren können.

18. Bürgerrechte

Die AfD kämpft schon seit ihrer Gründung für mehr direkte Demokratie. Gerade im kommunalen Bereich kann man die Bürger leicht an Entscheidungen teilhaben lassen. Oft spiegelt der Gemeinderat leider nicht den Willen der Einwohner wider, sondern hauptsächlich die Eigeninteressen der Gemeinderatsmitglieder. Wir fordern daher: Transparenz für die Bürger, damit sie Informationen über Veränderungen in ihrer Gemeinde einsehen können (Informationsfreiheitsgesetz). Mehr Mitbestimmung der Bürger bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene.

Wir stehen für Heimat, Sicherheit und Zukunft! Um Ihre Stimme bittet Sie ganz herzlich der Landratskandidat der AfD Johann Meier und Ralf Stadler, AfD-Kreisvorsitzender und die Kreistagskandidaten der Alternative für Deutschland.